

Nexperia-Beschlagnahmung: Wie die Niederlande eine Chip-Sicherheitsmaßnahme zu einem strategischen Fehltritt machten

In einer Zeit eng verflochtener globaler Lieferketten ist die gewaltsame Übernahme von Nexperia durch die niederländische Regierung ein Paradebeispiel für kurzsichtige Politik und regelbasierte Ordnung. Durch die Beschlagnahmung eines wichtigen Halbleiterunternehmens unter dem Deckmantel der „Sicherheit“ hat Den Haag die industrielle Stabilität und Glaubwürdigkeit Europas auf dem globalen Markt gefährdet.

24.10.2025 | Ricardo Martins

Im Oktober 2025 wurden die Niederlande zu einem unerwarteten Schauplatz im globalen Technologiekrieg. Als Den Haag das Gesetz über die Verfügbarkeit von Gütern – ein Notstandsgesetz aus der Zeit des Kalten Krieges – anwandte, um die Kontrolle über Nexperia zu übernehmen, einen Halbleiterhersteller mit Sitz in Nimwegen, der sich im Besitz des chinesischen Unternehmens Wingtech Technology befindet, ging es um weit mehr als nur den Schutz eines Unternehmens. Es löste eine Schockwelle im globalen Handel aus und warf Fragen zur Souveränität, zur regelbasierten Ordnung, zum Einfluss der USA und zur Bereitschaft Europas für eine multipolare Welt auf.

Worum geht es in diesem Fall?

Am 30. September 2025 stellte der niederländische Wirtschaftsminister Vincent Karremans Nexperia unter vorübergehende staatliche Aufsicht gemäß dem nie zuvor angewendeten Wet Beschikbaarheid Goederen (Gesetz über die Verfügbarkeit von Gütern). [Die Regierung](#) führte „gravierende Mängel in der Unternehmensführung“ an und beschuldigte den chinesischen CEO von Nexperia, Zhang Xuezheng.

Zum ersten Mal seit der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 1952 übernahm der niederländische Staat die operative Kontrolle über ein privates Unternehmen. Die reguläre Produktion konnte fortgesetzt werden, aber jede wichtige Entscheidung – Investitionen, Umstrukturierungen, Verkauf von Vermögenswerten – musste nun von der Regierung genehmigt werden.

Die Regierung verteidigte ihre Entscheidung als Maßnahme zur Wahrung der nationalen Sicherheit und nicht als politische Beschlagnahmung. Doch angesichts des Zeitpunkts, nur wenige Tage nachdem Washington seine Exportkontrollen für chinesische Unternehmen ausgeweitet hatte, war es schwer, an die Neutralität zu glauben.

Ob nun als umsichtige Verteidigungsmaßnahme oder als politische Unterwürfigkeit angesehen, diese Entscheidung offenbart die strategische Verwirrung Europas: zwischen Autonomie und Anpassung, Recht und Macht, Souveränität und Unterwerfung.

Offiziell behauptete das niederländische Ministerium, dass kein Druck aus dem Ausland ausgeübt worden sei. In einem [Schreiben an das Parlament](#) vom 14. Oktober 2025 schrieb Karremans: „Ich habe diese Anordnung ohne Druck oder Rücksprache mit einem anderen Land erlassen.“

Mehrere Analysten weisen jedoch darauf hin, dass dieser Schritt auf eskalierende Warnungen der USA hinsichtlich der Aufnahme von Wingtech in die amerikanische [Entity List](#) folgte, wodurch der Zugang zu US-Technologie eingeschränkt wurde. Diese 2024 verhängte Listung stufte Wingtech bereits als „Bedrohung für die nationale Sicherheit“ ein.

Möglicherweise wurden die niederländischen Behörden auch durch interne Turbulenzen beeinflusst: Ein Amsterdamer Gericht hatte Zhang Xuezheng vorübergehend suspendiert und die Anteile von Nexperia an einen Treuhänder übertragen, nachdem europäische Direktoren ihm „rücksichtsloses Management“ vorgeworfen hatten. Zusammen genommen schufen diese rechtlichen und politischen Entwicklungen einen Vorwand für eine Intervention im Rahmen eines Gesetzes, das ursprünglich für Lebensmittel- oder Treibstoffknappheit in Kriegszeiten gedacht war – nicht für das Management von Halbleitern.

Pim Jansen, Professor für Wirtschaftsrecht an der Erasmus-Universität, erklärte gegenüber [Trouw](#) einer angesehenen niederländischen Tageszeitung, die für ihre wirtschaftlichen und politischen Analysen bekannt ist, dass dieser Fall die Grenze „zwischen wirtschaftlicher Sicherheit und Protektionismus“ verwische. Er stellte in Frage, ob „schlechte Regierungsführung oder das Risiko der Abhängigkeit“ wirklich als Notfall gelten können, der einen solch außergewöhnlichen Schritt rechtfertigt.

Der amerikanische Schatten

Der geopolitische Hintergrund ist unverkennbar. Die Vereinigten Staaten drängen ihre Verbündeten seit Jahren, Chinas Zugang zu High-End-Chiptechnologie einzuschränken, am bekanntesten im Fall ASML, wo dem niederländischen Unternehmen ASML der Export fortschrittlicher Lithografiegeräte nach China untersagt wurde. Diese Episode hat bereits gezeigt, dass Washington in der Lage ist, die niederländische Industriepolitik zu beeinflussen. Die Intervention bei Nexperia scheint eine Fortsetzung davon zu sein.

Laut [OpIndia](#) und [Bloomberg](#) hatten US-Beamte hinter verschlossenen Türen gewarnt, dass Nexperia mit Sanktionen rechnen müsse, wenn keine Änderungen an seiner Führungs- und Eigentümerstruktur vorgenommen würden. Die anschließende Maßnahme der Niederlande entsprach genau diesen amerikanischen Bedenken.

Die Reaktion Pekings erfolgte prompt: Es verhängte ein Exportverbot für die chinesischen Tochtergesellschaften von Nexperia, wodurch die Lieferung wichtiger Komponenten nach Europa effektiv unterbunden wurde und die Gefahr einer Lähmung des Automobilsektors auf dem Kontinent drohte: „Das chinesische Handelsministerium erließ eine Exportkontrollmitteilung, die Nexperia China und seinen Subunternehmern den Export bestimmter in China hergestellter Fertigkomponenten und Baugruppen untersagt.“

Die Ironie ist offensichtlich: Europa beschlagnahmte Nexperia, um die Chip-Versorgung zu „sichern“, löste damit jedoch sofort das Gegenteil aus: eine Verknappung.

Wirtschaftliche Folgen und strategische Fehlritte

Der [Europäische Automobilherstellerverband](#) (ACEA) warnte, dass das Exportverbot die Fahrzeugproduktion auf dem gesamten Kontinent beeinträchtigen könnte. Die Chips von Nexperia gehören zwar nicht zur neuesten Generation, sind aber die „Grundbausteine“ moderner Autos – Transistoren, Dioden und Stromversorgungsschaltungen, die für elektronische Systeme unverzichtbar sind. Der Verlust des Zugangs zu ihnen macht deutlich, wie abhängig Europa nach wie vor von global integrierten Lieferketten ist.

Analysten zufolge untergräbt die Übernahme das Vertrauen der Investoren in das Engagement Europas für offene Märkte. Ausländische Investoren sind nun dem Risiko einer Enteignung durch die Regierung unter vagen „Sicherheitsgründen“ ausgesetzt. China sieht diesen Schritt als „flagrante Verletzung internationaler Regeln“, wie die [Global Times](#) es formulierte, und könnte mit einer Verschärfung der Kontrollen für den Export von Seltenen Erden reagieren, die für die europäische Industrie von entscheidender Bedeutung sind.

Indem die Niederlande kurzfristige Sicherheitsaspekte gegenüber langfristiger Handelsstabilität priorisiert haben, könnten sie beides untergraben haben. Diese Episode erinnert an frühere Maßnahmen des Westens, wie das Einfrieren russischer Reserven oder das Verbot von Huawei, die die Grenze zwischen rechtmäßiger Regulierung und Wirtschaftskrieg verwischen.

Unterwürfigkeit oder Strategie?

Folgt Den Haag lediglich Washingtons Drehbuch oder hat es eine eigenständige Begründung? Die Antwort könnte in Europas zunehmendem Streben nach „[strategischer Autonomie](#)“ liegen. Europäische Politiker argumentieren zunehmend, dass die Kontrolle über die Halbleiterversorgung ebenso wichtig ist wie die Energieunabhängigkeit. Doch wie Professor Jansen warnte, birgt die Ausübung von Notstandsbefugnissen die Gefahr, dass Autonomie zu Isolationismus wird.

[Kritiker argumentieren](#), dass die Entscheidung der Niederlande eine „Vasallenlogik“ widerspiegelt – die Bereitschaft Europas, seine industrielle Basis zu gefährden, um die Eindämmungsziele der USA gegenüber China zu erfüllen.

Befürworter halten dem entgegen, dass angesichts der eigenen Exportbeschränkungen Chinas und undurchsichtiger Unternehmensstrukturen die Regierungen präventiv handeln müssen, um kritische Technologien vor Übernahme oder Zwang zu schützen.

Dennoch nährt die mangelnde Transparenz – es gibt keine veröffentlichten Beweise für die angeblichen „unzulässigen Transfers“ – den Verdacht, dass die Intervention politisch motiviert und von außen beeinflusst war.

Erkenntnisse und Lehren der Analysten

Die meisten Analysten sind sich in drei Punkten einig:

- Die nationale Sicherheit wird zu einem universellen Vorwand.

Wie die *Financial Times* feststellte, behandeln Regierungen Chips mittlerweile wie Öl – als strategische Güter, die eine staatliche Kontrolle rechtfertigen. Dies schafft eine „neue Normalität“, in der Eigentumsrechte der geopolitischen Logik weichen.

- Europa riskiert, seine eigene industrielle Widerstandsfähigkeit zu untergraben.

Durch die Entfremdung chinesischer Investoren und die Auslösung von Liefervergeltungsmaßnahmen haben die Niederlande die Anfälligkeit der europäischen Chip- und Automobil-Ökosysteme offenbart. Wie ACEA feststellte, könnte die Halbleiterknappheit erneut zu Produktionsstillständen führen, diesmal jedoch aus eigenem Verschulden.

- Die regelbasierte Ordnung bröckelt.

Was als Schutzmaßnahme aus der Zeit des Kalten Krieges begann, ist nun zu einer Waffe der wirtschaftlichen Eindämmung und zu einem „flagranten Verstoß gegen die Grundsätze der Marktwirtschaft“ geworden, wodurch das westliche Prinzip der „regelbasierten Ordnung“ zerbröckelt.

Fazit: Zwischen Autonomie und Angleichung

Die Übernahme von Nexperia durch die Niederlande markiert einen Wendepunkt. Sie zeigt, wie sich der Handelskrieg von Zöllen zu Machtkämpfen in den Vorstandsetagen und staatlichen Übernahmen entwickelt hat, bei denen nationale Interessen und Bündnispolitik aufeinanderprallen. Ob man diesen Schritt nun als umsichtige Verteidigung oder als politische Unterwerfung betrachtet, er offenbart die strategische Verwirrung Europas: zwischen Autonomie und Angleichung, Recht und Macht, Souveränität und Unterwerfung.

Wenn „nationale Sicherheit“ zur ultimativen Rechtfertigung für wirtschaftliche Interventionen wird, dann könnte die liberale Nachkriegsordnung, die auf offenem Handel und Rechtssicherheit basiert, bereits vorbei sein. Die nächste Frage lautet nicht, wer Nexperia kontrolliert, sondern ob Europa noch immer sein eigenes strategisches Schicksal in der Hand hat.